

# „Unterricht müsste Räume für Diskussion schaffen“

Politiklehrer kritisiert Lehrpläne in Deutschland und fordert mehr politische Bildung für Schüler

Marie Busse

**HAMBURG** Politische Umbrüche prägen unsere Gesellschaft, doch an Niedersachsens Schulen wird darüber kaum gesprochen. Moritz Peter Haarmann, Landesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und selbst Politiklehrer, kritisiert fehlende Unterrichtszeit, starre Lehrpläne und die Vernachlässigung aktueller Themen.

**Herr Haarmann, vor Kurzem wurde Donald Trump erneut gewählt und am selben Tag zerbrach die Ampelkoalition in Deutschland. Wie haben Ihre Schüler darauf reagiert?**

Für viele Jugendliche war vor allem die Wahl von Donald Trump ein emotionaler Moment. Ein Schüler kam an diesem Morgen weinend auf mich zu, besorgt um die Zukunft unseres Planeten. Seine Ängste richteten sich vor allem auf die Klimapolitik und die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Zerbrechen der Ampelkoalition wurde hingegen weniger stark wahrgenommen. Viele Jugendliche sehen sich da aufgrund ihres Alters noch nicht als Teil des politischen Geschehens. Unsere Demokratie ist stark auf Erwachsene ausgerichtet, und das merken die Schülerinnen und Schüler deutlich.

**Was lernen die Schüler im Politikunterricht?**

Was sie lernen und ob es für sie überhaupt Politikunterricht gibt, ist abhängig von Bundesland, Schulform, der konkreten Schule, Jahrgang und natürlich der Lehrkraft. In Niedersachsen fehlt der Politikunterricht in den Jahrgängen fünf und sechs komplett. Gerade in dieser Phase, in der Kinder oft ihr erstes Handy bekommen und damit Teil sozialer Netzwerke werden, werden sie mit den dort wirkenden Filterblasen, Echokammern und Fake News allein gelassen. Der Politikunterricht müsste diese ersten Social-Media-Erfahrungen der Kinder aufgreifen und Räume für Diskussionen und Aufklärung schaffen, findet in diesem Alter aber schlicht nicht statt.

**Kommt der Politikunterricht also zu kurz?**

Definitiv. Abgesehen von dieser Lücke gibt es Politik oft nur als einstündiges Fach. Damit bleibt kaum Zeit für die Auseinandersetzung mit den politischen Bildungsbedarfen der Kinder und Jugendlichen. Politikunterricht hat die Aufgabe, Zugänge zu unserer Demokratie und ihren Werten zu eröffnen, Diskussionen zu ermöglichen und Raum für aktuelle Themen und eigene Fragen zu geben. Das ist in 45 Mi-



Moritz Peter Haarmann

Foto: Haarmann

nuten pro Woche schlicht nicht leistbar.

**Welche Konsequenzen hat es, wenn politische Bildung an Schulen vernachlässigt wird?**

Gerade Kindern und Jugendlichen, die schon zu Hause Demokratieverdrossenheit erleben, wird ohne ausreichenden Politikunterricht das zentrale Versprechen unserer Demokratie vorenthalten: Sie werden nicht dazu ermutigt, sich mit ihren persönlichen Interessen politisch einzubringen. Deshalb drohen sie, für die Gemeinschaftsaufgabe Demokratie verloren zu gehen. Im schlimmsten Fall entwickeln sie einen destruktiven statt einen konstruktiven Zugang zu demokratischer Politik und zu demokratischen Werten und werden anfällig für populistische Narrative oder Desinformationen.

**Müssen die Lehrpläne verändert werden, um Jugendlichen**

**Politik heute näherzubringen?**

Absolut. Ein großes Problem ist, dass viele Lehrpläne kaum Raum für das Aufgreifen aktueller Themen lassen. Politische Bildung lebt aber von der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen, lebensweltfern und abstrakt funktioniert sie nicht. Und obwohl viele Lehrpläne mit vorgeschriebenen Inhalten überfrachtet sind, fehlen häufig exakt die Themen, die unsere demokratische Gesell-

„Wenn wir das Thema Migration nicht in den Lehrplan aufnehmen, überlassen wir es den Populisten.“

Moritz Haarmann

schaft auf absehbare Zeit beschäftigen. So sparen beispielsweise die niedersächsischen Kerncurricula für das gymnasiale Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft ausgerechnet den Themenkomplex Migration und Einwanderungsgesellschaft aus. Das ist absurd, zumal sie 2015 und 2018 und damit mitten in den gesellschaftlichen Debatten rund um die sogenannte Flüchtlingskrise in Kraft getreten sind. Wenn wir das Thema

Migration nicht in den Lehrplan aufnehmen, überlassen wir es den Populisten.

**Wie werden Lehrpläne für den Politikunterricht inhaltlich gestaltet und welche Akteure sind an dem Prozess beteiligt?**

Lehrpläne werden von sogenannten Lehrplankommissionen erarbeitet, deren Mitglieder vom Kultusministerium berufen werden. Zu ihnen gehören Lehrkräfte und Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft. Ihre Zusammensetzung ist immer auch eine politische Entscheidung. An der Erarbeitung der Kerncurricula für das Fach Politik-Wirtschaft etwa wurde niemand aus der Politikdidaktik beteiligt. Einziger Vertreter der Wissenschaft war ein Wirtschaftsdidaktiker. Skandalös ist, dass die Kompetenzformulierungen für das Fach fast unverändert aus einer Auftragsarbeit für eine wirtschaftliche Interessenvereinigung übernommen wurden. Im Ergebnis entsteht im Unterricht häufig der Eindruck, dass Wirtschaft unpolitisch sei. Wirtschaft als Grundlage unserer Existenz und Ausgangspunkt sämtlicher menschengemachter Umweltprobleme ist aber eine hochpolitische Angelegenheit und genau das müssen Jugendliche nachvollziehen können,

wenn Demokratie verwirklicht werden soll.

**Was sollte sich konkret ändern, damit der Politikunterricht an den Schulen den heutigen Anforderungen gerecht wird?**

Wir stellen vier zentrale Forderungen an unsere Landesregierung: Erstens muss der Politikunterricht bereits in den Jahrgängen fünf und sechs eingeführt werden, um Kinder frühzeitig in ihrer politischen Sozialisation zu begleiten. Zweitens müssen für alle Schulformen mindestens zwei Stunden Politikunterricht pro Woche festgesetzt werden, denn politische Bildung im Interesse der Kinder und Jugendlichen benötigt und verdient Zeit. Drittens brauchen wir Lehrpläne, die den Schülerinnen und Schülern Zugänge zu demokratischer Teilhabe und zu demokratischen Werten eröffnen, wirtschaftliche und politische Fragen aufeinander beziehen und Raum für aktuelle Themen lassen. Und viertens fordern wir, dass politische Bildung zu einem verpflichtenden Teil des Lehramtsstudiums wird. Schließlich muss jede Lehrkraft angemessen reagieren können, wenn beispielsweise auf dem Schulhof menschenfeindliche Äußerungen fallen.